

# SPD demokratischer pressediens

P/XXV/214

11. November 1970

Sicherheit und Entspannung für ganz Europa

-----  
Bonner Ostpolitik im Dienste der Friedens-  
sicherung

Von Helmut Schmidt MdB  
Bundesminister der Verteidigung und stellv.  
Vorsitzender der SPD

Seite 1 bis 3 / 122 Zeilen

Gedenken an einen Demokraten

-----  
Zum Tode des Wehrbeauftragten Heilmuth Heye

Von Karl Wienand MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer der  
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 / 31 Zeilen

Erdöl aus den Tiefen der Nordsee

-----  
Positive Aspekte aus dem Festlandssockel-  
Abkommen

Seite 5 und 6 / 51 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10  
Postfach: 9163  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 97-38  
Telex: 888 846/888 847/  
888 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 109-112, Telefon: 7 66 11

## Sicherheit und Entspannung für ganz Europa

---

### Bonner Ostpolitik im Dienste der Friedenssicherung

Von Helmut Schmidt MdB

Bundesminister der Verteidigung und stellv. Vorsitzender der SPD

Wie ihre Freunde - die USA und andere Staaten unserer Allianz -, ohne deren Unterstützung sie nichts bewirken kann, befindet sich jetzt auch die Bundesrepublik Deutschland in der Ära der Verhandlungen, die als erster US-Präsident Richard Nixon klar definiert hat, als er sagte, daß die Ära der Konfrontation der Ära der Verhandlungen Platz machen müsse.

Allerdings hat sich die Bundesrepublik Deutschland erst später in die Versuche einer Verständigungspolitik mit dem europäischen Osten eingeschaltet als ihre Partner. Sie hat also einen gewissen Nachholbedarf. In diesem Zusammenhang liegt nach Meinung aller Beteiligten der Kern aller Spannungen in der Teilung Deutschlands; deshalb werden seit vielen Jahren und speziell von den beteiligten Staaten gerade von den Deutschen Beiträge in Form von Ideen und Handlungen erwartet. Eine abstinente Haltung könnte sich für uns auch deshalb negativ zu Buche schlagen, weil es für uns um tragbare Regelungen mit unmittelbaren Nachbarn geht.

Eine Entspannungspolitik setzt die Aufrechterhaltung eines starken Bündnisses voraus. Dies trifft zu für alle Bemühungen auf westlicher Seite; es trifft noch in viel größerem Maße zu für die gegenwärtigen Bemühungen der Bundesrepublik, deren Ostpolitik fest eingebettet ist in der Struktur einer starken westlichen Allianz. Das herausragende Motiv unserer Ostpolitik sowie der östlichen Bestrebungen unserer Bündnispartner ist die Erkenntnis, daß Sicherheit durch Abschreckung eines der wesentlichen Elemente zur Stabilisierung der internationalen Beziehungen ist und daß Sicherheit durch eine Verminderung der Spannung ein zusätzliches Element bildet. Es kommt nun darauf an, neben der Ausgewogenheit auf dem militärischen Sektor zu einer ähnlichen Ausgewogenheit auf dem politischen und psychologischen Gebiet zu gelangen und somit dem prekären Frieden von heute eine stabilere Grundlage zu verleihen. Eine Erfolgchance dafür gibt es aber nur, wenn unsere Sicherheit und die unserer westlichen Verbündeten erhalten bleibt. Jeder andere Weg könnte eine sträfliche Illusion sein.

Das Gleichgewicht kann ohne die Präsenz der USA in Europa nicht gewahrt werden noch kann es ohne die Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten werden. Sicherheit und Entspannung in Europa

ist unmöglich ohne das Gegengewicht durch die NATO. Die Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte ist eine Voraussetzung sowohl für eine wirksame Verteidigung als auch für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West. Die Bundesregierung wird erstens an der Aufrechterhaltung eines stabilen militärischen Gleichgewichts mitwirken. Sie will zweitens auf dieser Grundlage durch Überwindung des ost-westlichen Gegensatzes den Frieden in Europa festigen. Sie will drittens die ständigen Bemühungen unterstützen, die eine Begrenzung und Kontrolle der Rüstung aller Staaten vorsehen.

Die Bundesregierung kann sich der Behauptung nicht anschließen, daß sich das Ziel der westeuropäischen Integration und das der Annäherung an Osteuropa nicht gleichzeitig verfolgen lassen. Wer so argumentiert, ist noch in den Vorstellungen und politischen Konzeptionen und damit in der Zeit der Konfrontation der fünfziger Jahre befangen, die sowohl Präsident Nixon als auch Willy Brandt zu überwinden trachten.

Unsere Ostpolitik stellt nicht ein Abrücken von den früheren Bestrebungen der Bundesrepublik dar. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer logischen Weiterentwicklung der in der deutschen Friedensnote von 1966 niedergelegten Gedankengänge. Die derzeitige Bundesregierung war in der Lage, bereits vorhandene Ansätze und Vorstellungen zu fördern und weiterzuentwickeln.

Der relativ größte Fortschritt wurde bisher in den Verhandlungen mit der Sowjetunion erreicht. Der Vertrag vom 12. August geht von der Lage aus, wie sie heute real besteht. Er schafft die Voraussetzungen für eine bessere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und mit unseren Nachbarn im Osten. Er trennt uns nicht von unseren NATO-Verbündeten, und er setzt der voranschreitenden Einheit Westeuropas keine Schranken. Schließlich läßt er den Zugang zu einer Friedensordnung in Europa offen, in deren Rahmen auch die deutschen Fragen auf der Grundlage der Selbstbestimmung eine gerechte und dauerhafte Lösung finden können.

Es braucht hier nicht betont zu werden, daß in all diesen Überlegungen Berlin eine ausschlaggebende Rolle spielt. Es ist der sowjetischen Regierung nachdrücklich dargelegt worden, daß es nach Auffassung der Bundesregierung eine Entspannung in Europa ohne eine Verbesserung der Lage in und um Berlin nicht geben kann. Die Regierung der UdSSR ist sich voll bewußt, daß ohne eine befriedigende Berlin-Lösung der Vertrag nicht in Kraft treten kann. Eine Entspannung in ganz Europa herbeizuführen und Berlin als eine Insel des Kalten Krieges in seiner Mitte zu bewahren, das wäre wahrlich nicht als realistische Politik zu bezeichnen. Verantwortlich für Berlin sind die Vier

Mächte, und die Bundesregierung schenkt diesen Rechten und Zuständigkeiten bzw. Verantwortlichkeiten, wie sie für Berlin und des weiteren für ganz Deutschland bestehen, nicht nur volle Beachtung, sondern sie möchte diese Verantwortlichkeiten auch aufrechterhalten wissen.

Ich möchte mit einem Wort Präsident Nixons abschließen, der einmal etwa folgendes sagte: Wir tun gut daran uns zu fragen, ob wir die Herren oder die Opfer des sich vollziehenden Wandels sind. In der Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten, im Kongreß als auch in einflußreichen Zeitungen des Westens wurde der Wandel deutscher Politik gegenüber dem Osten bereits seit geraumer Zeit angekündigt. Die den Moskauer Vertrag tragende Politik erhielt nicht nur die Zustimmung aller mit uns verbündeten Staaten, sie erfuhr auch deren Unterstützung, weil diese Staaten ebenfalls bemüht sind, nach Osten hin eine Politik des gegenseitigen Verständnisses zu entwickeln. Eine solche Politik ordnet sich in die Bestrebungen der SALT-Gespräche, die Nah-Ost-Bemühungen und, last but not least, in die Berlin-Gespräche ein. Wer von diesem Vertrag behauptet, er sei eine Gefahr für die gemeinsame Politik des Westens, versteht entweder die insgesamt vom Westen seit 1967 verfolgte Politik nicht, oder aber er will sie nicht verstehen.

Bei all dem dürfen wir niemals vergessen, daß wir einer Weltmacht gegenüberstehen, für die Machtpolitik Tradition ist und die diese Tradition mit einer bürokratisch gehandhabten Ideologie koppelt; es ist damit in den letzten fünfzig Jahren ein bis dahin unbekannter Faktor in die Weltpolitik eingeführt worden. Man muß folglich diese Grundelemente sowjetischen Verhaltens stets in das eigene Kalkül einbeziehen. Wer das übersieht, wer nicht versucht, die Dinge mit den Augen der Sowjetunion zu sehen, wird plötzlich feststellen, daß seine Bemühungen vergebens, ja in der Tat gefährlich sind. Aus diesem Grunde ist es unerlässlich für uns, sowohl das sowjetische Verhalten stets gründlich zu analysieren als auch die sowjetischen politischen und militärischen Möglichkeiten genauen Beurteilungen zu unterziehen; für den Westen ist es dabei gleichermaßen von Belang, sich stets seiner eigenen Möglichkeiten und Ziele bewußt zu bleiben.

\* \* \*

### Gedenken an einen Demokraten

---

Zum Tode des Wehrbeauftragten Hellmuth Heye

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Hellmuth Heye, der zweite Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, ist tot. Mit ihm hat der deutsche Parlamentarismus eine eigenwillige Persönlichkeit, einen hervorragenden, jedoch unbequemen Demokraten verloren. Der ehemalige Vizeadmiral und CDU-Bundestagsabgeordnete hat als Auge und Ohr des Parlaments mit kritischen Sinnen die innere Entwicklung unserer Bundeswehr verfolgt. Er gehörte zu jenen Politikern, die leidenschaftlich bestreiten, daß Menschen in den Streitkräften eines demokratischen Staates sich wesentlich anders verhalten sollen als in den übrigen Bereichen des öffentlichen Dienstes oder sogar grundsätzlich anders als in der Industrie.

Mit "Hottentrott", der Verkörperung seines Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform, hat er 1964 auf unkonventionelle Weise Millionen Illustrierten-Lesern erklärt, wie er sich den demokratischen Soldaten wünscht. Heye war es, der Parlament und Öffentlichkeit auf die Tendenz zur gesellschaftlichen Selbstisolierung der Bundeswehr drastisch hinwies; ein Problem, daß alle Streitkräfte in dynamischen Industriegesellschaften beschäftigt. Seine Flucht in die Öffentlichkeit hat unter anderem bewirkt, daß heute dem Wehrbeauftragten ein selbstverständliches Rederecht im Plenum des Bundestages zusteht.

Bundeswehr und Bundestag sind Hellmuth Heye gleichermaßen zu Dank verpflichtet. Diesen Dank hatte Fritz Erler dem Wehrbeauftragten Heye bereits im November 1964 übermittelt. Der damalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion schrieb: "Wir wissen, wie hingebungsvoll Sie das Amt des Wehrbeauftragten zum Wohle von Volk und Staat und damit auch unserer jungen Bundeswehr wahrgenommen haben".

Mit dieser Hochschätzung verbindet sich heute für uns Trauer um den Toten, eines erprobten Demokraten, für mich darüber hinaus die Trauer um einen guten Freund.

### Erdöl aus den Tiefen der Nordsee

#### Positive Aspekte aus dem Festlandsockel-Abkommen

Die Ratifizierung eines deutsch-dänisch-niederländischen Abkommens über die Abgrenzung des Festlandsockels unter der Nordsee hat aller Voraussicht nach für die kommende Erdölversorgung der Bundesrepublik ungewöhnlich große Bedeutung. Nachdem es der Bundesrepublik in gutnachbarlichen Verhandlungen mit Dänemark und Holland gelungen ist, den Anteil Westdeutschlands am Nordsee-Untergrund von 24.000 auf 36.000 Quadratkilometer zu vergrößern, werden wir nach den Feststellungen der Geologen nun auch weit draußen in der Nordsee an Erdölrevieren teilhaben können.

Nicht unweit des deutschen Sektors, nur 75 Kilometer entfernt, haben die Norweger dieser Tage eine neue Erdölbohrung niedergebracht, die ebensoviel liefert wie jene in Nahest und damit weit über dem sonstigen Durchschnitt in Europa liegt. Norwegische Schätzungen gehen davon aus, daß in diesem Revier, das möglicherweise auch auf die Sektoren Dänemarks, der Bundesrepublik und Großbritannien übergreift, mindestens eine Milliarde Tonnen Erdöl lagern. Inzwischen haben auch die Engländer 180 Kilometer östlich von Schottland eine bedeutende Erdölbohrung niedergebracht.

Bislang ging man davon aus, daß die geologischen Strukturen in der Nordsee vielleicht nur Erdölfelder besitzen, die denen auf dem Festland gleichen. Inzwischen ist man aber sicher, daß das ganze Nordseebecken aus neueren Tertiär-Sedi-

menten besteht, die bis zu 3.500 Meter mächtig sind. Diese geologische Struktur sorgt im Nahostraum dafür, daß hier in so hohem Maße langfristig Erdöl gefördert werden kann, und zwar aus sehr stark fließenden Bohrungen.

Die geologischen Strukturen reichen bis in die Deutsche Bucht hinein. Wegen der bisher ungeklärten Grenzziehung auf dem Nordseeboden hatten sich die Bundesrepublik, Dänemark und Holland in den letzten Jahren bei der Suche nach Erdöl besonders weit draußen im Meer zurückgehalten. Nunmehr, nachdem die Bundesregierung die Verträge mit Holland und Dänemark für den Bundestag beschlußreif gemacht hat, wird zweifellos mit der systematischen Untersuchung des deutschen Sektors begonnen. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Bundesrepublik dann in sehr viel höherem Maße als bisher von den Öl-Zufuhren aus dem Mittelmeer unabhängig wird. Es sind aber noch recht erhebliche technische Leistungen zu vollbringen und finanzielle Vorleistungen zu investieren. Man wird voraussichtlich zwischen 3.000 und 5.000 Meter tief bohren müssen. Eine derartige Bohrung kostet zwischen drei und fünf Millionen DM. Wenn die Wassertiefe in der Nordsee über 70 Meter hinausgeht, können keine Schriinseln mehr aufgestellt werden. Man benötigt dann vor Anker liegende Schiffe.

Ein besonderes Problem ist der Abtransport des Erdöls aus der oft stürmischen Nordsee. Voraussichtlich wird man dazu kommen, Pipelines durch das Meer zu legen. In der Bundesrepublik bietet sich vor allem Wilhelmshaven als Festlandspunkt für die Ölleitungen an. Von hier aus gibt es schon das Verteilernetz in die großen Absatzräume Ruhr, Hannover und Hamburg.